

Liebe Freundinnen und Freunde,

Die heutige Demonstration ist eine Demonstration gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Sehr oft ist es so, dass Rassismus nur bei Rechtsextremen gesehen wird.

Wir möchten nun sprechen über den Rassismus, der nicht von den Extremen her vertreten wird, sondern aus der Mitte der Gesellschaft.

Das Hauptproblem für Flüchtlinge und andere MigrantInnen ist heute nicht - noch nicht - der organisierte Faschismus und Rechtsextremismus,

sondern das Hauptproblem für sie ist der institutionelle Rassismus, der sich im Fremdenrecht und im staatlichen Umgang mit MigrantInnen zeigt.

Innenminister Platter ist stolz darauf, dass seit der letzten Fremdenrecht-Novelle 2005 Österreich das strengste Fremdenrecht in Europa hat.

Auch im Regierungsübereinkommen von SPÖ und ÖVP wird dieses Fremdenrecht bestätigt. Ja, es soll sogar noch verschärft werden!

Wir konnten in den letzten Wochen die Diskussion über den Asylgerichtshof verfolgen. In der nun beschlossenen Fassung bedeutet der Asylgerichtshof, dass zugunsten der Absicht, die Asylverfahren zu beschleunigen, die Möglichkeiten für AsylwerberInnen, rechtliches Gehör zu finden, erheblich eingeschränkt werden.

Nachwievor werden mitten unter uns Flüchtlinge in Schubhaft genommen. Ohne ein Delikt begangen zu haben kommen so Personen für bis zu 15 Monate in Haft, darunter Minderjährige und Opfer von Folter und Vergewaltigung.

Gerade hier in Innsbruck sind diese Menschen vom Zugang zu unabhängiger Rechtshilfe abgeschnitten.

Insbesondere in Tirol werden Flüchtlinge willkürlich aus allen sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen. Es wird ihnen die Möglichkeit vorenthalten, zu arbeiten, es wird ihnen die Möglichkeit genommen, zu wohnen, sie erhalten weder medizinische Versorgung noch finanzielle Unterstützung.

Ganze Gruppen von MigrantInnen werden aufgrund ihrer Herkunft pauschal kriminalisiert. Eigene Rechtsinstrumente wie sogenannte Schutzzonen werden eingesetzt, um sie aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben.

Viele Menschen haben sich in der letzten Zeit für das Bleiberecht sogenannter gut integrierter einzelner Flüchtlinge engagiert.

Aber dem größten Teil der hier lebenden Flüchtlinge wird überhaupt nicht die Möglichkeit gegeben, sich zu integrieren!

Die Bleiberechts-Regelung, die wahrscheinlich im nächsten Jahr umgesetzt werden wird, wird aller Voraussicht nach so restriktiv sein, dass sie ohnehin nur für wenige Flüchtlinge gilt.

Die anderen Flüchtlinge werden dann umsomehr als unerwünschte Fremde gelten, die möglichst bald abgeschoben werden sollen.

Auf europäischer Ebene spielt die österreichische Migrationspolitik eine führende Rolle, um die EU militärisch gegen Flüchtlinge abzuschotten.

Die sogenannte Sicherheitsakademie des österreichischen Innenministeriums ist führend beim Aufbau der Koordination der militärischen Einheiten der FRONTEX - Struktur der EU

beteiligt, die schon jetzt für den Tod vieler Flüchtlinge an den Aussengrenzen der EU verantwortlich ist.

Am heutigen Tag müssen wir die Gelegenheit wahrnehmen, deutlich gegen diese menschenverachtende Politik Stellung zu beziehen.

Gegen den Rassismus zu sein, das heisst nicht bloß, offener Hetze gegen MigrantInnen entgegenzutreten,

gegen den Rassismus zu sein, das muss bedeuten, sich gegen rassistische Fremdengesetze zu stellen, für die Abschaffung der Schubhaft, gegen die Kriminalisierung von MigrantInnen, für ein gesichertes und bedingungsloses Bleiberecht für alle Menschen, die dauerhaft hier leben, für gleiche demokratische und soziale Rechte für Alle!

Gegen den Rassismus zu sein, das muss heißen, nicht nur gegen faschistische und rechtsextreme Gruppierungen zu kämpfen, sondern ebenso und entschieden gegen den institutionellen Rassismus, gegen den rassistischen Normalzustand der Politik!